

debatte ■

Dienstag,  
22. September 2015  
18:30 – 20:30 Uhr  
Festsaal der  
Berliner Stadtmission

Einladung

# Armut und Zugang zum Recht

Eine Veranstaltung im Rahmen der Reihe  
„Arm, aber nicht rechtlos! Menschenrechte & Armut in Deutschland“

## Hinweise

Der Veranstaltungsort ist rollstuhlgerecht.



Bitte teilen Sie uns mit, wenn Sie besondere Unterstützungsbedarfe haben. Angemessene, mit der Veranstaltung verbundene Vorkehrungen treffen wir gerne im Rahmen unserer Möglichkeiten für Sie. Wir freuen uns über Ihre Mitteilung bis zum 7. September 2015.

## Information

Deutsches Institut für Menschenrechte

Claudia Mahler

Zimmerstraße 26/27, 10969 Berlin

Tel.: 030 25 93 59 – 125, Fax: 030 25 93 59 – 59

E-Mail: mahler@institut-fuer-menschenrechte.de

www.institut-fuer-menschenrechte.de

**Der Eintritt ist frei. Bitte nutzen Sie unser Anmeldeformular:**

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/index.php?id=2926>

## Informationen zur Anmeldung

Srdjan Tošić, Tel.: 030 25 93 59 – 13, tosic@institut-fuer-menschenrechte.de

## Veranstaltungsort

Festsaal der Berliner Stadtmission (am Hauptbahnhof)

Lehrter Straße 68, 10557 Berlin

## Anfahrt

S-Bahn: S3, S5, S7 bis zum Hauptbahnhof

Bus: 245 bis zur Haltestelle Lehrter Straße/Invalidenstraße

# Armut und Zugang zum Recht

„Reichtum soll nicht  
über den Zugang  
zum Rechtsanwalt  
entscheiden.“

Susanne Baer  
Richterin des  
Bundesverfassungsgerichts

Armut ist mehr als „kein Geld haben“: Sie geht oft einher mit Menschenrechtsverletzungen, fehlenden Entwicklungschancen, sozialer Ausgrenzung, ungleichem Zugang zum Wohnungsmarkt und zur Gesundheitsversorgung. Für arme Menschen ist es auch schwieriger ihre Rechte durchzusetzen.

In Deutschland gibt es vielfältige Hürden beim Zugang zum Recht, Armut ist eine davon. Wer beispielsweise wenig Geld hat, wird sich gut überlegen, ob er oder sie das finanzielle Risiko eines Gerichtsverfahrens eingeht. Denn trotz Prozesskostenhilfe, die bedürftigen Menschen die Verfolgung ihrer Rechte vor Gericht ermöglichen soll, bleibt ein finanzielles Risiko bestehen. Auch die Beantragung der Prozesskostenhilfe selbst kann eine Hürde sein, da Informationen häufig schwer zugänglich und wenig verständlich sind. Betroffene reichen Beschwerden daher oft gar nicht erst ein.

In der „debatte“ werden folgende Fragen diskutiert: Was hindert Menschen in Armut, ihre Rechte im ausgefeilten deutschen Rechtssystem durchzusetzen? Wird das Recht auf „Waffengleichheit“ vor Gericht ausreichend beachtet und geschützt? Wie hat sich die gesetzliche Veränderung der Prozesskostenhilfe auf das Recht auf „Waffengleichheit“ ausgewirkt? Was kann die Politik tun, um die Barrieren abzubauen und das Menschenrecht auf Zugang zum Recht zu verwirklichen?

## Programm

Dienstag, 22. September 2015  
18:30 – 20:30 Uhr  
Festsaal der Berliner Stadtmission  
Lehrter Straße 68  
10557 Berlin

**18:30 Uhr Kleiner Imbiss**

**18:45 Uhr Begrüßung**

**Prof. Dr. Beate Rudolf**

Direktorin  
Deutsches Institut für Menschenrechte

**19:00 Uhr Podiumsdiskussion**

**Eva Maria Andrades**

Projektleiterin  
Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin  
des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg

**Dirk Hinne**

Rechtsanwalt  
Bundesrechtsanwaltskammer

**Sven Rissmann**

CDU  
Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

**Prof. Dr. Beate Rudolf**

Direktorin  
Deutsches Institut für Menschenrechte

**Susanne Wilkening**

Leiterin der Schuldner- und Insolvenzberatung  
Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Berlin  
Spree-Wuhle e. V.

Moderation:

**Dr. Petra Follmar-Otto**

Leiterin der Abteilung Menschenrechtspolitik  
Inland/Europa  
Deutsches Institut für Menschenrechte

**19:45 Uhr Fragen und Anmerkungen  
aus dem Publikum**

**Anschließend**

**Ausklang mit Brezeln und Wein**



Eine Veranstaltung im Rahmen der Reihe  
„Arm, aber nicht rechtlos!  
Menschenrechte & Armut in Deutschland“